

KAUFMANN *Aktuell*



GASMANGELLAGE

Hoffen auf einen milden Winter

Seite 3



CHATKONTROLLE

Sie machen einfach weiter

Seite 4



UMWELTZERSTÖRUNG

Keine Windräder in unseren Wäldern!

Seite 6



Der große Selbstbetrug der Energiepolitik Ein Land manövriert sich selbst ins Abseits

Was werden wohl zukünftige Generationen rückblickend über Deutschlands derzeitige Energiepolitik sagen? Schon heute ist erkennbar, dass der radikale Umbau unserer Energieversorgung maßgeblich zur Deindustrialisierung, zum Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und zum sinkenden Wohlstand beiträgt. Ein Land manövriert sich selbst ins Abseits. Wohlstand entsteht nur mit einer starken Wirtschaft – und eine starke Wirtschaft braucht reichlich verlässliche und bezahlbare Energie. Doch in Deutschland wird Energie zum knappen Luxusgut. Und das geschieht nicht zufällig, sondern als Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen.

Wie die Klimapolitik zum Machtinstrument wurde

Mit dem Motiv der „Klimaretung“ fanden politische Strategien ein Vehikel, mit dem sich weltweit neue Steuern, Abgaben, Vorschriften und Regulierungen legitimieren ließen. Staatliche Apparate wuchsen, umfangreiche Subventionsprogramme für „grüne Energie“ ermöglichten hohe Renditen

für ausgewählte Investoren. Ideologisch motivierte Entscheidungssträger konnten planwirtschaftliche Modelle erproben. Wissenschaftliche Institute lieferten die passenden Vorlagen, um politische Maßnahmen zu stützen. Gleichzeitig wurden Bürger durch alarmistische Szenarien verunsichert, um selbst extreme Vorgaben durchsetzbar zu machen.

Weltlage kippt – Deutschland hält am Irrweg fest

Doch spätestens seit der „Klimakonferenz“ COP30 in Belém ist offensichtlich, dass die globale Klimapolitik einen Wendepunkt erreicht hat. Immer mehr Staaten verabschieden sich von ehrgeizigen Zielsetzungen. In einer sich neu sortierenden Weltordnung dominiert der Wettbewerb um industrielle und militärische Stärke. Nationale Machtingeressen überlagern klimapolitische Ankündigungen. Wer global mithalten will, erinnert sich nicht gern an frühere Versprechen. Entscheidend ist nun der Zugriff auf Ressourcen, Märkte, militärische Infrastruktur – und auf Energie. Denn Panzer, Schiffe oder Flugzeuge bewe-

gen sich nicht elektrisch. Und die zentrale Ressource des 21. Jahrhunderts – Rechenzentren – benötigt enorme Energiemengen.

EDITORIAL

Stillstand statt Reformen: Ein Land wartet auf Entscheidungen

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

die Bundesregierung Merz/Klingbeil ist seit gut einem halben Jahr im Amt. Zu Beginn standen große Reformversprechen im Raum – doch längst entsteht der Eindruck politischer Handlungsunfähigkeit. Der Haushaltsentwurf für 2026 sieht vor, dass rund ein Drittel der Ausgaben über neue Schulden sowie über sogenannte „Sondervermögen“ zu bewerkstelligen sein sollen. Ein solches Modell wäre im privaten Bereich weder tragfähig noch zulässig.

Gleichzeitig kippt die Wirtschaft: Insolvenzen nehmen zu, Produktionen werden aufgegeben oder ins Ausland verlagert. Die Situation erinnert

Dabei beruhte die deutsche Klimapolitik von Beginn an auf realitätsfernen Erwartungen. Die milliarden schweren Programme, denen sich Deutschland unterworfen

an die späte Phase der DDR, als Egon Krenz vergeblich versuchte, eine erstarrte politische Struktur zu reformieren zu bewegen. Auch heute wirken die etablierten Parteien in ihren eigenen politischen Routinen gefangen und kaum noch zu grundlegenden Kurskorrekturen bereit. Viele Bürger suchen daher nach einer politischen Alternative.

Die Reaktion der Regierungsparteien besteht jedoch darin, die Opposition anzugreifen – ein Muster, das aus historischen Endphasen politischer Systeme kennt. Gleichzeitig zeigt die Geschichte, dass starke politische Konstellationen schneller zusammenbrechen können, als viele erwarten. Mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen besteht daher

hat, werden das Weltklima nicht messbar beeinflussen. Wenn wir unsere einst starke Autoindustrie schwächen und die Chemieindustrie aus dem Land drängen, trifft

Anlass zur Zuversicht.

Ein zentrales strukturelles Problem unseres Landes bleibt die festgefahrene Energiepolitik. Die gescheiterte Energiewende belastet zunehmend Industrie, Gewerbe und Haushalte. Dennoch wird an ihrer Festhaltung, um das Scheitern der bisherigen Strategie nicht eingestehen zu müssen. Dieses Thema bildet einen Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Lassen Sie sich von der politischen Lage nicht die Feiertage trüben. Gönnen Sie sich eine Auszeit von der täglichen Nachrichtenflut und kommen Sie gut ins neue Jahr. Für 2026 wünsche ich uns allen eine echte Wendung zum Besseren – und dass sich eine Alternative durchsetzt, die dem Land

das nur unseren Wohlstand; das Klima bleibt davon unberührt. Die Kohle, die hier nicht mehr verstromt wird, verfeuern andere Staaten.

wieder Stabilität und Perspektive gibt.

Herzlichst
Ihr



Michael Kaufmann
Michael Kaufmann

Der große Selbstbetrug der Energiepolitik

Ein Land manövriert sich selbst ins Abseits

Fortsetzung von [Seite 1.](#)

Sollte sich das Klima tatsächlich langfristig verändern, bleibt als realistische Strategie allein: Anpassung. Wenn es wärmer, kälter, trockener oder feuchter wird, benötigen wir unsere finanziellen Reserven, unser Wissen und unsere Fachkräfte für Schutzmaßnahmen: für resilientere Häuser, angepasste Landwirtschaft, stabile Wälder, Deiche, Talsperren und ähnliches. Eine leistungsfähige Wirtschaft ist die wichtigste Voraussetzung, um solchen Entwicklungen zu begegnen.

Die Energiewende: Milliarden für eine Illusion

Die deutsche „Energiewende“ begann im Jahr 2000 mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Seitdem flossen wachsende Milliardensummen in subventionierte, nicht marktfähige Energiequellen. Zunächst finanziert über die Strompreise, heute über Steuern. Profiteur war ein ganzer öko-industrieller Komplex. Damit dieses Modell expandieren konnte, mussten konventionelle Energieträger Schritt für Schritt verdrängt werden – durch den vollzogenen Atomausstieg und den

fortlaufenden Kohleausstieg. Ergänzende Gesetzesinitiativen, etwa im Baurecht, stabilisierten dieses System.

Doch eine Energieversorgung, die überwiegend auf fluktuierenden Quellen wie Wind und Sonne basiert, kann ein Industrieland nicht verlässlich und günstig versorgen. Um die Engpässe zu kaschieren, wurden ambitionierte Pläne präsentiert: eine große Zahl neuer Gaskraftwerke und Speicher im Gigawattmaßstab. Erdgas sollte alsbald durch Wasserstoff ersetzt werden, herangeschafft aus aller Welt. Doch all diese Konzepte erwiesen sich als Luftschlösser.

2022 holte die Realität das System ein. Das Gasembargo gegen Russland und die Zerstörung der Nord-Stream-Pipeline ließen die zuvor aufgebauten Konstruktionen kollabieren. Doch diese Ereignisse waren lediglich der Auslöser – die grundlegenden Schwächen lagen längst offen.

Deutschland ist ein windarmes Land in nördlicher Lage – wenig geeignet für eine

zentral auf Wind- und Solarstrom gestützte Versorgung. Schwankende Erzeugung und regelmäßige Dunkelflauten erzeugen hohe Zusatzkosten. Jede neue Windanlage, jede Photovoltaikfläche verschärft die Instabilität. Jeder Speicher, jedes geplante Gaskraftwerk, jede Stromtrasse sowie der kostspielige Import von Kohlestrom oder Atomstrom aus dem Ausland erhöhen die Belastung weiter. Wir alle können das an der Stromrechnung beobachten. Die Wirtschaft wird stranguliert.

Die geplanten Gaskraftwerke sind nicht einmal ausgeschrieben – und die Herkunft des benötigten Gases ist unklar. Teures Fracking-Gas aus den USA? Die Wasserstoffpläne sind gescheitert: Es existiert kein relevanter Markt für grünen Wasserstoff. Damit rückt auch eine CO₂-freie Wärmeversorgung in weite Ferne. Und die Frage bleibt bestehen: Woher soll der günstige Strom kommen, der für die digitale Infrastruktur benötigt wird?

Was jetzt nötig ist: Rückkehr zur Vernunft

Die Energiewende ist krachend gescheitert. Die politischen Verantwortlichen der etablierten Parteien zögern, diesen Befund auszusprechen. Doch schon bald wird kaum jemand einräumen wollen, jemals zu ihren Befürwortern gehört zu haben. Dann wird jeder behaupten, er habe schon immer vor den Folgen gewarnt.

Was hilft jetzt? Die Antwort steht im Programm der AfD. Deutschland braucht einen sofortigen Stopp der milliardenteuren, planwirtschaftlich geprägten Projekte. Eine Rückkehr zur Marktwirtschaft ist notwendig. Unsere Energieversorgung muss breit aufgestellt werden. Wir benötigen auf absehbare Zeit alle verfügbaren Optionen: Kernkraft, Gas und Kohle, um die Industrie und den Standort wieder wettbewerbsfähig zu machen. Das kostet Kraft und Zeit, doch es sind Investitionen in die

Zukunft – damit wir unseren Kindern ein Land hinterlassen, das leistungsfähig bleibt.

Windräder und Photovoltaikanlagen gibt es in Deutschland längst mehr als genug. Der zufallsabhängige Strom aus Wind und Sonne gefährdet die Versorgungssicher-

heit. Ein sofortiger Baustopp ist daher unumgänglich. Diese Fehlentwicklungen werden in den kommenden zwanzig Jahren zurückgebaut – im Interesse einer intakten Umwelt und einer stabilen Energieversorgung.

Wir sind bereit.



Aufkleber – Bestellung unter kontakt@kaufmann-michael.de

Antifa – Schläger, Stunk und Steuergeld

Selbsternannte Antifaschisten gebärden sich zunehmend wie die wahren Faschisten. Waren es vor Jahren noch überwiegend Demonstrationen, Hausbesetzungen und Schmierereien, mit denen diese Szene von sich reden machte, sind mittlerweile schwerste Straftaten wie Brandstiftung, schwere Körperverletzung und Sabotage an der Tagesordnung.

Diese zunehmende Radikalisierung wird früher oder später zu Toten führen. Die berüchtigte Hammerbande hatte das bereits billigend in Kauf genommen. Die Feuer-teufel, die unserem parlamentarischen Geschäftsführer, Dr. Bernd Baumann, in Hamburg bereits zum fünften Mal das Auto in Brand gesetzt haben, ebenso. Und obwohl die gewaltbereite linke Szene der Justiz bestens bekannt sein sollte, wird voraussichtlich auch diesmal kein Täter ermittelt werden. Das Motto scheint zu lauten: freie Fahrt für linke Schlägertrupps.

So fühlt sich die gewaltbereite Antifa sicher wie nie zuvor. Signale aus der Politik versprechen Rückendeckung, die finanziellen Zuwendungen aus Steuergeldern über sogenannte NGOs signalisieren Unterstützung. Führende Politiker des linken Spektrums, wie Lars Klingbeil und Nancy Faeser, bekennen sich offen zur Antifa. Grüne und linke Politiker pilgern nach Ungarn, um dort einem Mitglied der Hammerbande im Gefängnis ihre Solidarität auszudrücken. Und wenn dann sogar der Verfassungsschutz – wie im Oktober 2024 der niedersächsische – postet „wir sind auch antifa“, dann braucht sich niemand zu wundern, wenn diese Chaoten meinen, sie hätten Narrenfreiheit.



Foto: shutterstock

Deswegen war es ein richtiger und längst überfälliger Schritt, dass Donald Trump die Antifa kürzlich zur terroristischen Vereinigung erklärt hat. Deutschland und Europa müssen hier schnellstmöglich nachziehen. Dagegen wird immer wieder argumentiert, die Antifa sei ja gar keine richtige Vereinigung mit ladungsfähiger Adresse und allem, was dazugehört. Das war die Rote Armee Fraktion (RAF) auch nicht. Trotzdem sind die Kanzler Schmidt und Kohl, denen die innere Sicherheit Deutschlands noch am Herzen lag, entschlossen gegen diese Terroristen vorgegangen. Das Gleiche erwarten wir auch von Kanzler Merz und zwar umgehend, bevor die ersten Menschen durch Antifa-Gewalt zu Tode kommen.

Durch ihre voreingenomme-



Durch Brandanschlag zerstörtes Fahrzeug unseres parlamentarischen Geschäftsführers Dr. Bernd Baumann.



Hoffen auf einen milden Winter

Wie die Bundesregierung mit der Gasversorgung pokert

LNG Tanker beim Löschen der Ladung

Ohne Not hat die Bundesregierung Deutschland Anfang 2022 von der Versorgung mit günstigem Gas aus Russland abgeschnitten. Seitdem steht die Gasversorgung jedes Jahr

vor besonderen Herausforderungen. Bisher wurden diese mehr oder weniger gemeistert, wenn auch zu exorbitanten Kosten. Zum Vergleich: 2021 kostete die KWh Gas

im Schnitt 6,41 Cent. Heute liegt der Preis, nach einem Hoch von fast 40 Cent (2022), mit 12,13 Ct/KWh immer noch fast doppelt so hoch wie 2021.

Niedrigster Füllstand seit Jahren

Für diesen Winter sieht die Ausgangslage jedoch noch einmal unsicherer aus als in den Vorjahren. Laut Bundesnetzagentur sind unsere Gasspeicher derzeit zu rund 76 Prozent gefüllt. Das sind über 20 Prozent weniger als im vergangenen Jahr und 13,5 Prozent weniger als der niedrigste Stand der Jahre 2018 bis 2021. Mit anderen Worten, sollte der kommende Winter ungewöhnlich hart ausfallen, droht uns eine akute Gasmangellage.

Gefahr Dunkelflaute

Nun können wir Glück haben und der kommende Winter verläuft mild. Vielleicht aber auch nicht. Sollten wir in diesem Winter auch noch anhaltende Dunkelflauten erleben (kein Wind, wenig Sonne), würde sich das Problem weiter verschärfen. Denn dann müssen verstärkt Gaskraftwerke ans Netz gehen, um den Ausfall der wetterabhängigen Energieerzeugung zu kompensieren. Die einzige Lösung wäre dann, zu jedem Preis alles an Gas zu kaufen, was gerade verfügbar ist.

Doch das Hoffen auf einen warmen Winter ist bei der Versorgung eines Industrielandes Wahnsinn. Mit dem Wohlergehen der Bürger zockt man nicht.

Die Kette von Fehlentscheidungen der Bundesregierung:

- Deutschland steigt gleichzeitig aus Atomkraft und Kohle-Verstromung aus.
- Deutschland schneidet sich selbst von günstigem Gas ab.
- Deutschland nimmt es einfach hin, dass die Versorgungsleitung für günstiges Gas von ausländischen Mäch-

- ten zerstört wird.
- Deutschland kauft teures LNG, das unter umweltschädlichen Bedingungen gewonnen und transportiert wird.
- Deutschland befüllt die Gasspeicher nur bis zum Mindestmaß, was für einen harten Winter – womöglich noch mit Dunkelflauten – nicht ausreichend wäre.

Fazit: Deutschlands Bürgern bleibt nur, zu beten und auf einen milden Winter zu hoffen.

Das ist wahrhaftig die dümmste Energiepolitik der Welt, an Rücksichtslosigkeit gegenüber den eigenen Bürgern kaum zu überbieten. Und Merz führt sie nicht nur fort, sondern verschärft die Lage sogar noch. Elon Musk hat es auf den Punkt gebracht: „Die AfD ist der letzte Funken Hoffnung für Deutschland“.



Kein Wind, keine Sonne – Dunkelflaute

Fotos: shutterstock

Der Staat wächst. Die Wirtschaft ächzt. Die Bürger zahlen.

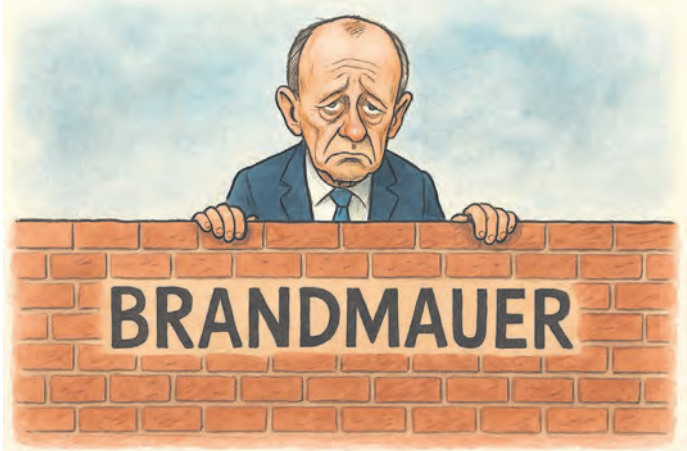
Die deutsche Wirtschaft liegt am Boden, Unternehmen bauen Stellen ab, Investitionen brechen ein – und die Politik schaut zu. Vier Jahre in Folge schrumpft die Wirtschaftsleistung, die Auftragsbücher dünnen aus, Maschinenhallen stehen still. Nur einer wächst ungebrems: der Staat. Und zwar nicht moderat, sondern wie im Selbstbedienungsräusch.

Seit 2015 ist der Staatskonsum explodiert – Verwaltung, Sozialausgaben, Gesundheitsbürokratie, Migrationskosten. Rund 25 Prozent mehr Staatsausgaben als noch 2015. Gleichzeitig sind die privaten Investitionen auf den Stand von 2015 zurückgefallen. Der Staat bläht sich auf, während die Wirtschaft ausgehöhlt wird. Die Grafik des ifo-In-

stituts (Quelle BILD) veranschaulicht das sehr gut. Normal wäre: Erst floriert die Wirtschaft, dann kann sich der Staat mehr leisten. Heute aber läuft es umgekehrt: Der Staat gönnt sich mehr, obwohl die Wirtschaft schwächelt. Diese Abkopplung ist kein Betriebsfehler – sie ist das Symptom einer Politik, die sich vollständig von der Realität gelöst hat.

Finanziert wird das Ganze über immer neue Schulden, während Bürger und Betriebe steigende Steuern, Abgaben und Energiepreise schultern sollen.

Private Haushalte sparen, Unternehmen kämpfen ums Überleben – doch der Staat nimmt einen noch größeren Schluck aus der Pulle. Ein Apparat, der Jahr für Jahr wächst, obwohl er immer weniger produziert. Eine politische Klasse, die offenbar glaubt, Wohlstand entstehe nicht durch Arbeit, sondern durch Haushaltskunststücke. Das alles ist Ausdruck einer abgehobenen Politikaste, die offenbar der Ansicht ist, dass der Staat alles bedeutet und die Bürger nur seine gehorsamen Zuträger zu sein haben. Viele fragen sich längst: Wann wird das bloß enden? Ich kann es Ihnen sagen: An dem Tag, an dem die AfD Regierungsverantwortung übernimmt. Denn wir werden diesen Spuk entschlossen beenden und Deutschlands private Wirtschaft wieder auf einen Wachstumskurs bringen.



Die CDU mauert – und die AfD erntet

Die CDU pflegt ihre „Brandmauer“ zur AfD inzwischen mit der Hingabe eines Kleingärtners, der jeden Grashalm einzeln frisiert. Man könnte fast meinen, das Bauwerk sei ihr letztes politisches Projekt mit echter Substanz. Während die Realität alarmiert – Energiepreise, Migration, zerbröckelnde Infrastruktur – steht die Union stolz hinter ihrer Mauer und ruft: „Seht her, wir sind ganz bestimmt nicht wie diese da drüben!“ Blöd nur, dass immer mehr Bürger längst begriffen haben, dass diese Abgrenzung weniger moralisch als vielmehr verzweifelt ist. Die CDU fürchtet

weniger die AfD als die Frage, wofür sie eigentlich noch steht. Hinter dieser Mauer sitzt die CDU wie jemand, der glaubt, ein Regenschirm mache ihn unsichtbar. Unterdessen wächst die AfD in der Opposition weiter – mit frischem Mut, Vernunft und guten Ideen. Je höher die CDU ihre Mauer zieht, desto besser steht die AfD davor. Und ich persönlich sehe die CDU tatsächlich am liebsten hinter ihrer Brandmauer: sicher eingeschlossen im eigenen politischen Schutzraum, während draußen die Wähler längst ein neues Gelände bestellen.

Staatskonsum und Investitionen

Struktur der Wirtschaftsentwicklung 2015-2025 (preisbereinigt, 2015=100)



Make Germany Great Again



Die Schnittmengen zwischen der US-Regierung und der MAGA-Bewegung einerseits und der Alternative für Deutschland andererseits sind unübersehbar. Beide setzen die Interessen und das Wohlergehen der eigenen Bürger an die erste Stelle. Beide sind entschlossen, die illegale Massenmigration einzudämmen und umzukehren. Und beide stehen zwar für internationale Zusammenarbeit, aber nie für den Preis, die eigenen Werte und die Interessen der eigenen Nation zu verraten.

Spektakuläre Auftritte, wie das öffentliche Gespräch zwi-

schen Elon Musk und Alice Weidel und die denkwürdige Rede des Vizepräsidenten J.D. Vance bei der Münchener Sicherheitskonferenz haben unterstrichen, dass die amerikanische Regierung unserer AfD wohlwollend gegenübersteht. Inzwischen haben AfD Spitzenpolitiker mehrfach die USA besucht und den Austausch zwischen AfD und der US-Regierung vertieft. Im Gegenzug hat uns Anfang November Alex Bruesewitz, der Social-Media-Berater von Donald Trump, in Berlin besucht. Das Interesse an der Podiumsdiskussion mit ihm war enorm.

US-Konzerne suchen den Kontakt

Auch die Wirtschaft interessiert sich mittlerweile für die AfD. Große US-Konzerne fragen bei Beratungsfirmen an, wie sie Kontakte zur AfD aufbauen können. Denn Konzernlenker denken in der Regel nicht ideologisch, sondern pragmatisch. Und weil sie sehen, dass wir als AfD durchaus demnächst die Regierung stellen könnten, versuchen sie sich frühzeitig zu vernetzen.

Das begrüßen wir natürlich. Zum einen können wir so medial geschürte Vorurteile abbauen. Vor allem aber können

wir unseren amerikanischen Gesprächspartnern zeigen, dass unsere wirtschaftspolitischen Konzepte solide sind und eine gute Grundlage für eine fruchtbare Zusammenarbeit bilden. Das ist umso wichtiger, als die deutsche Energie- und Wirtschaftspolitik in den USA schon seit einiger Zeit wahlweise Verwunderung, Entsetzen oder Spott hervorruft. Wir zeigen, dass wirtschaftspolitischer Sachverstand in Deutschland noch eine Basis und eine Zukunft hat und freuen uns schon auf die Zusammenarbeit, wenn wir in Regierungsverantwortung sind.

Chatkontrolle – Sie machen einfach weiter

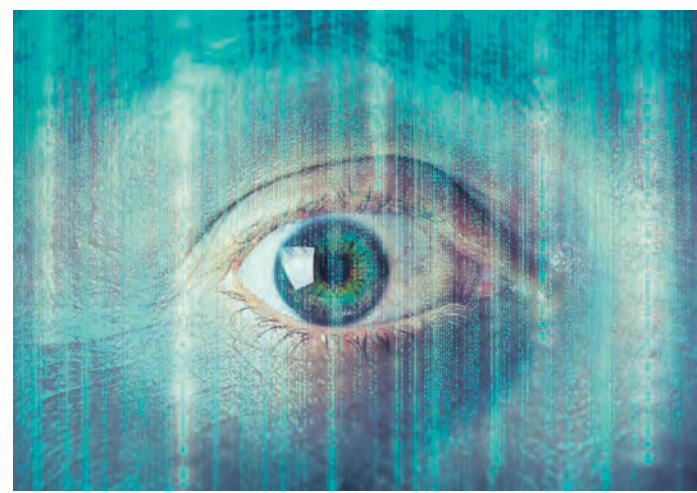
Bald droht uns die totale Überwachung. Denn die EU will scheinbar um jeden Preis alles überwachen, was wir im Netz schreiben und posten. Kurzzeitig waren die Pläne der EU zur lückenlosen Chatkontrolle zwar vom Tisch, weil Fachleute und Juristen davor warnten und der Widerstand – auch aus Deutschland – groß war. Die dänische Ratspräsidentschaft zog den Antrag zurück.

Doch auf das kurze Aufatmen folgen Ernüchterung und blankes Entsetzen. Denn die EU pfeift wieder einmal auf das, was die Bürger wollen und macht einfach weiter. Dabei werden die Bedingungen sogar noch verschärft. Ging es ursprünglich nur um Bilder und Videos – vorgeblich zum Schutz vor Kindesmissbrauch – sollen jetzt alle Nachrichten gescannt werden. Anbieter von E-Mail- und Messenger-Diensten sollen verpflichtet werden, „alle geeigneten Risikominderungsmaßnahmen“ zu ergreifen. Was bei vielen Diensten auf das Scannen sämtlicher Nachrichten hinauslaufen dürfte, und sei es nur, um den berüchtigten Mil-

liardenstrafen der EU-Kommission zu entgehen. Andere Dienste, wie Signal, werden sich voraussichtlich aus Europa zurückziehen, weil sie die Bespitzelung ihrer Nutzer nicht mitmachen wollen.

Zukünftig gilt dann, die EU liest mit, die KI wertet aus und dann ermittelt der Staatsanwalt. Eine Horrorgeschichte und das endgültige Ende von Privatsphäre, Datenschutz und Meinungsfreiheit im Netz. Das dürfen wir uns als Bürger nicht gefallen lassen. Unsere Grundrechte sind keine Privilegien von vorn der Leyens Gnaden, sondern unveräußerliche Menschenrechte. Eine EU, die sich darum immer weniger schert, ist eine Gefahr für Freiheit und Rechtsstaat und befindet sich auf direktem Weg in die Tyrannei.

Dagegen müssen wir entschlossen Widerstand leisten, solange es noch geht. Die AfD steht dabei fest an der Seite der Bürger und ist einmal mehr die entschlossenste Verteidigerin unseres Grundgesetzes.



Deutschland als Geisterfahrer unterwegs

Auch wenn die Verfechter des Ausstiegs aus der Kernenergie gerne etwas anderes behaupten, Kernkraft erlebt derzeit weltweit einen Boom. Nur Deutschland schneidet sich aus ideologischen Gründen von dieser sauberen, sicheren und günstigen Energiequelle ab.

Frankreich plant bis 2040 den Bau von bis zu 14 neuen Reaktoren. Finnland hat 2023 den modernsten Großreaktor Europas, mit 1,6 GW Leistung in Betrieb genommen. Polen baut 2026 sein erstes Kernkraftwerk und Schweden plant bis 2045 bis zu 10 neue Kernreaktoren.

Und das ist nur eine kleine Auswahl. Insgesamt sind weltweit derzeit rund 70 Kernreaktoren im Bau und weitere 100 in Planung. Laut einer Prognose der Internationalen Atomenergie-Agentur könnte die globale Kernkapazität von gegenwärtig etwa 377 GW bis 2050 auf bis zu 992 GW steigen – ein Plus von fast 160 %.

Schaden durch ideologische Verblendung

All diese Länder profitieren zukünftig vermehrt von sauberer und günstiger Kernenergie. Und quasi nebenbei ist diese Form der Energieerzeugung auch noch CO₂-frei.

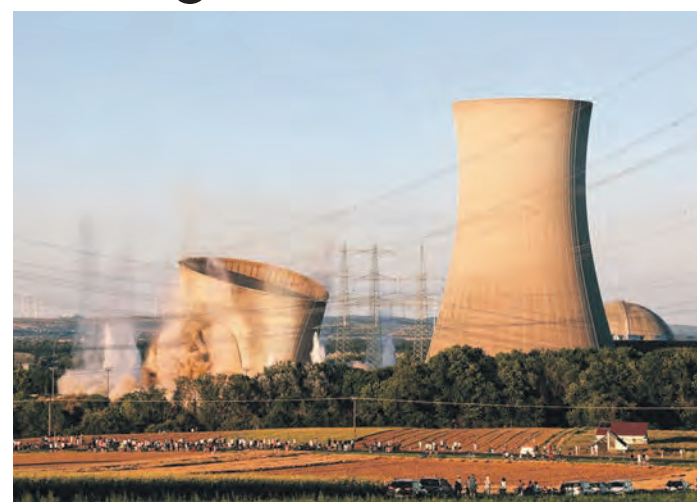
Angesichts dessen müsste bei den Klimajüngern helle Freude herrschen. Wenn SPD, Grüne und Linke nicht aus einer tiefsitzenden Fortschrittsabneigung und der Unfähigkeit, ihre eigenen ideologischen Schranken zu überwinden, jede Form moderner Kerntechnologie reflexhaft ablehnen würden. Die CDU/CSU hat im Wahlprogramm zur Bundestagswahl versprochen, die Option Kernenergie als eine mögliche Brückentechnologie zu prüfen. Ein weiteres Wahlversprechen, das der Koalition mit der SPD geopfert wurde.

Für Deutschland bedeutet

das einen doppelten Schaden. Zum einen treibt der Verzicht unsere Strompreise in die Höhe und zum anderen entgehen unserer Industrie, die einmal weltweit führend in der Kerntechnik war, damit jedes Jahr Milliardenumsätze.

Hoffnung Kernfusion

Immerhin möchte man der Kernfusion zukünftig eine Chance geben. Eine Technik, bei der Deutschland derzeit weltweit an vorderer Stelle steht. So könnte der erste anwendungsreife Fusionsreaktor tatsächlich in Deutschland stehen. Theoretisch – denn in der Praxis stellt die Bundesregierung bei Weitem nicht die dafür benötigten Mittel bereit.



Sprengung der Kühltürme des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld

Die verfehlte Energie- und Forschungspolitik ist ein weiterer Grund, warum die AfD bald Regierungsverantwortung übernehmen muss. Es dürfen nicht noch mehr Chancen vertan werden.

wortung übernehmen muss. Es dürfen nicht noch mehr Chancen vertan werden.

Einladung ins politische Berlin

16. bis 18. März 2026
17. bis 19. Juni 2026
05. bis 07. Oktober 2026

An- und Abreise mit dem Bus
2 Übernachtungen
Infos und Anmeldungen unter:
kontakt@kaufmann-michael.de
Tel.: 03671 5232348 0157 53594614

PROF.DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

Berlin und Parlament hautnah

Besuchen Sie mich im Deutschen Bundestag

Brandenburger Tor, Reichstag und die Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt erleben

Auch 2026 lade ich wieder je 50 Bürger aus meinem Wahlkreis zu drei Terminen ein, mich in Berlin zu besuchen.

Dort können Sie sich selbst ein Bild von der parlamentarischen Arbeit machen. Neben einem umfangreichen Informationsprogramm mit Besichtigung der Orte, an denen unsere

Gesetze vorbereitet, diskutiert und verabschiedet werden, bleibt zudem genügend Zeit für die anderen Sehenswürdigkeiten Berlins.

Ich freue mich auf die Begegnung mit Ihnen.

Ihr Michael Kaufmann

Windkraftanlagen – Gefahr für die Umwelt

In Deutschland gibt es bereits jetzt rund 29.000 Windkraftanlagen (WKA). Was uns als günstige, umweltfreundliche Methode der Energieerzeugung verkauft wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ökologische Katastrophe.

Rodung und Bodenversiegelung

Laut Befürwortern von WKA wurde für alle in Deutschland gebauten WKA nur 0,01 Prozent der Waldfläche in Deutschland gerodet. Das ist aber weniger als die halbe Wahrheit. Denn zugrunde gelegt wurde dabei nur die Standfläche der WKA. Um tausende Tonnen Material heranzuschaffen, müssen aber Zuwege und Bewegungsflächen geschaffen werden, die oft ein Vielfaches der Standfläche der WKA ausmachen. Zudem werden für die Herstellung von nur einem Rotorblatt 40 Bäume Balsaholz im Regenwald gefällt.

Die bis zu 3.500 Tonnen schweren Betonfundamente und die Zufahrtswege versiegeln und verdichten den Boden bis zu einer Tiefe von zehn Metern. Die Folge, der Boden kann Niederschlagswasser nicht mehr aufnehmen. Dürre- und Hochwassergefahr steigen.

Beeinflussung des Mikroklimas

Auf der windzugewandten Seite von WKA-Parks regnet bereits ein Teil des Niederschlags ab, der sonst weiter ins



Landesinnere gelangen würde. Vermehrte Trockenheit und erhöhte Temperaturen auf der windabgewandten Seite sind die Folgen.

Recycling

Etwa die Hälfte dieser Turbinen ist bereits 15 oder mehr Jahre in Betrieb. Damit rollt in den nächsten Jahren eine gigantische Rückbauwelle auf uns zu. Nur gibt es noch keine tragfähigen Konzepte für Recycling und Entsorgung. Insbesondere die aus Verbundstoffen bestehenden Rotorblätter bereiten enorme Probleme. Derzeit gelten sie schlicht als teurer Sondermüll.

Mikroplastik

Rotorblätter sind starken Be-

lastungen und Umwelteinflüssen ausgesetzt. Dadurch werden fortlaufend kleinste Teilchen, sogenanntes Mikroplastik, aus dem Material herausgerissen und verteilen sich auf den umliegenden Flächen, können vom Wind aber auch viele Kilometer weit getragen werden. Pro Jahr sind das zwischen 30 und 150 kg je Windkraftanlage. Ein erheblicher Teil dieses Mikroplastik sind PFAS, umgangssprachlich auch Ewigkeitschemikalien genannt, weil sie sich in der Natur praktisch nicht abbauen und Jahrhunderte im Boden und Wasser bleiben können. Viele dieser PFAS sind zudem hochtoxisch. So werden Böden kontaminiert, das Grundwasser belastet und vor allem

reichern sich diese Chemikalien auch im menschlichen Körper an.

Vogel- und Insektenschlag

Laut einer Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt vernichten die deutschen Windkraftanlagen jedes Jahr etwa 1.200 Tonnen an Insekten. Das sind rund 1,2 Milliarden Insekten, davon 5 Prozent Bienen. Hinzu kommen nach einer Schätzung des Naturschutzbund Deutschland (NABU) etwa 100.000 Vögel und 200.000 Fledermäuse, die den Rotoren zum Opfer fallen. Darunter vor



Mikroplastik.

allem seltene und zum Teil geschützte Greifvogelarten wie Milan, Bussard und Adler.

lastung für Mensch, Tier und Umwelt bedeuten.

Infraschall

Der periodisch auftretende, sehr tieffrequente Schall der Windkraftanlagen kann bei Anwohnern zu neurologischem Stress, Herzproblemen, Kopfschmerzen und anderen Gesundheitsbeschwerden führen. Diese keineswegs vollständige Übersicht zeigt, dass Windkraftanlagen eine extreme Be-



Rodung der Zufahrtswege.

Was bedeutet der Spannungsfall?

Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine hören wir in letzter Zeit verdächtig oft das Wort „Spannungsfall“. Offenbar beschäftigt man sich ernsthaft mit diesem Gedanken. Aber was würde es für uns alle bedeuten, wenn der Spannungsfall ausgerufen würde?

Laut Artikel 80a GG tritt der Spannungsfall ein, wenn der Bundestag ihn mit Zweidrittelmehrheit feststellt oder die NATO den Bündnisfall ausruft. Eine objektive Beweislage oder die Zustimmung der Bevölkerung sind dazu nicht notwendig.

Die Regierung würde im Spannungsfall stark erweiterte Befugnisse erhalten. Artikel 80a Grundgesetz in Verbindung mit verschiedenen Sicherungsgesetzen schaffen die Grundlage dafür.

1. Reaktivierung der Wehrpflicht
2. Zwangsverpflichtung zu sicherheitsrelevanten Arbeiten.
3. Einschränkung diverser Grundrechte (Freizügigkeit, Berufsfreiheit, Post- und Telekommunikationsgeheimnis, Eigentumsrechte).
4. Erweiterte Befugnisse zur Überwachung und zur Kontrolle von Medien und Internet.
5. Staatliche Lenkung von Ressourcen, Rationierung von Gütern, Zwangsproduktion und Enteignungen.

Aus gutem Grund hat Willy Brandt 1968 bei der Einführung des 80a GG gesagt: „Wer einmal mit dem Notstand spielen sollte, um die Freiheit einzuschränken, wird meine Freunde und mich auf

den Barrikaden zur Verteidigung der Demokratie finden, und dies ist ganz wörtlich gemeint.“

Der Staat könnte also im Spannungsfall fast nach Belieben über das Leben der Bürger verfügen. Unter normalen Umständen würde eine Regierung diese Möglichkeiten nicht ausreizen. Doch in der Hand einer Regierung, die uns tagtäglich belügt und versucht, uns in einen Krieg zu verwickeln, der nicht der unsere ist, ist er eine gefährliche Waffe. Darum ist es die Pflicht jedes Bürgers, dem der Frieden und seine Freiheit lieb sind, schon jetzt dagegen aufzustehen und dem verantwortungslosen Gerede vom Spannungsfall entschlossen entgegenzutreten. Die Alternative für Deutschland steht dabei fest an Ihrer Seite.

Sonne und Wind schicken sehr wohl eine Rechnung



Wetterabhängige Energieerzeugung ist unzuverlässig. Das ist eine Binsenweisheit; eine mit Folgen allerdings. Denn damit das Stromnetz in Zeiten von Dunkelflauten nicht zusammenbricht müssen grundlastfähige Kraftwerke vorgehalten werden, um im Bedarfsfall einzuspringen. Und das ist teuer.

Atom und Kohle sind nicht mehr gewollt. Batteriespeicher können zwar kurzfristige Unterversorgung puffern, bei einer langanhaltenden Dürreklaute kommen sie aber schnell an ihre Grenzen. Somit bleiben als Einsatzreserve nur Gaskraftwerke. Und von denen haben wir bislang zu wenig. Darum müssen in den kommenden Jahren bis zu 60 neue Gaskraftwerke gebaut werden. Und das kostet. Nicht nur beim Bau, sondern später auch im Betrieb. Denn da diese Kraftwerke nicht ununterbrochen laufen sollen, die Fixkosten aber gleich bleiben, würde jede produzierte Megawattstunde enorm teuer werden. Kosten, die die Bürger entweder über den Strompreis oder über Steuern, mit denen die Kraftwerke subventioniert

werden, aufbringen müssen. Berechnungen gehen von bis 1.200 Euro pro Haushalt und Jahr aus.

Die Versorgung mit Energie war in Deutschland einmal sicher und preiswert. Dann kam die sogenannte Energie- wende. Seitdem müssen wir alle mit der doppelten Ge- fahr eines Blackouts und stei-

gender Energiekosten leben. Dem werden wir ein Ende setzen. Wir werden die Energiewende rückabwickeln, die Energieversorgung wieder auf grundlastfähige Kraftwerke aufbauen und die wetterabhängige Energieerzeugung als das behandeln, was sie ist; eine willkommene Beimischung im Energiemix.

BÜRGERDIALOG

in Remptendorf





08.12.25 | 19.00 Uhr

**Vereinshaus
Remptendorf e.V.**
Pößnecker Str. 2
07368 Remptendorf

Mit

Prof. Dr. Michael Kaufmann MdB

René Bochmann MdB

Uwe Thrüm MdL

Kommen Sie vorbei!

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Keine Windräder in unseren Wäldern!

100 Millionen Euro jährlich – zehn Jahre lang –, so viel hat Umweltminister Schneider bei der Klimakonferenz in Belém versprochen, in einen Tropenwald-Fonds zupumpen. Mit dem Geld deutscher Steuerzahler sollen Wälder in fernen Ländern geschützt werden. Währenddessen werden unsere eigenen Wälder zerstört, um gigantische Windräder in zuvor unberührte Landschaften zu stellen. Der Widerspruch könnte größer kaum sein: Tropenwald retten, Heimatwald opfern.

Auch in unserer Region sind bereits ausgedehnte Vorranggebiete festgelegt. Wir wissen, was das bedeutet: zerstörte Fernsichten, bedrohte Tierwelt, verschandelte Erholungsgebiete und ein harter Schlag für die Bemühungen, über Tourismus neue Perspektiven zu schaffen. Windräder sind Gift für den Tourismus. Hinzu kommt der Wertverlust von Immobilien. Viele Haus- und Grundbesitzer zahlen so gleich doppelt: mit Verlust der Natur und mit ihrem Vermögen.

Doch jenseits der lokalen Folgen sollte man endlich eine grundsätzliche Frage stellen: „Wie viele Windräder verträgt Deutschland eigentlich?“ Die ehrliche Antwort: Wir haben längst zu viele. Das Stromnetz ächzt unter einem Übermaß an zufallsabhängigem Strom. Bei starkem Wind und Sonne produzieren wir Überschüsse, die teuer begrenzt werden müssen. Bei Flauten jedoch entstehen riskante Unterdeckungen – ein permanentes Pendeln zwischen Überlastung und Engpass. Das Netz muss mit immer mehr Aufwand stabilisiert werden, immer mehr Reservekraftwerke müssen bereitstehen, immer mehr technische Maßnahmen sind notwendig. Die Folge: steigende Strompreise.

Für die Vorranggebiete können nun Bauanträge gestellt werden. Doch diese Verfahren können wir rechtlich beeinflussen – durch Einsichtnahmen, fundierte Einwendungen, gut vorbereitete Bürgerinitiativen und kommunale Beschlüsse. Niemand muss tatenlos zusehen. So



können wir zumindest Zeit gewinnen. Und diese Zeit arbeitet für all jene, die unsere Landschaften schützen wollen. Denn ein System, das

auf Zufallsstrom setzt und gleichzeitig das Netz destabilisiert, wird auf Dauer an seinen eigenen Widersprüchen scheitern.

Es gilt daher, unsere Wälder so lange wie möglich windradfrei zu halten – mit den Mitteln, die Recht und demokratische Beteiligung bieten.

Der politische Spuk endet früher oder später. Bis dahin müssen wir die Heimat bewahren.

Auch unsere Region ist betroffen



Deindustrialisierung und Wirtschaftskrise treffen auch unsere Thüringer Heimat immer härter. So ist die Zahl der neu eröffneten Insolvenzverfahren allein im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt zwischen 2020 und 2024 von 88 auf 125 gestiegen. Das ist ein Plus von satten 42 Prozent. Einen traurigen Höhepunkt bildete dabei das Jahr 2021, in dem es 195 neue Insolvenzverfahren gab.

Traurige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit sind die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über die Könitz Porzellan GmbH mit rund

100 Beschäftigten und der Beschluss zur Schließung des Werkes der Continental AG in Bad Blankenburg mit 185 Beschäftigten.

Die Auswirkungen gehen dabei weit über die betroffenen Firmen und deren Beschäftigte hinaus. Für lokale Zulieferfirmen und Dienstleister fallen Aufträge weg. Es bleibt weniger Einkommen in der Region, was zu weniger Konsum führt. Und jeder Wegfall von industriellen Arbeitgebern macht die Region auch für neue Unternehmen weniger attraktiv. Zudem wird der Bevölkerungsrückgang be-

schleunigt, weil insbesondere junge Familien sich dahin orientieren müssen, wo es Arbeit gibt.

Die verantwortungslose und destruktive Wirtschaftspolitik der Bundesregierung setzt auch hier bei uns eine verhängnisvolle Kettenreaktion in Gang, die uns alle teuer zu stehen kommt. Wir brauchen schnellstmöglich eine Kehrtwende, die unsere Politik wieder konsequent an deutschen Interessen ausrichtet. Vor diesem Hintergrund wird AfD wählen zu einem Akt der Selbsterhaltung.

Viele Fragen zur Erstaufnahme-einrichtung Eisenberg

In Eisenberg im Saale-Holzland-Kreis befindet sich eine Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für Asylmigranten. In den letzten 1-2 Jahren wurden dort etwa 6 Millionen Euro in neue, gut ausgestattete Wohnmodule investiert. Derzeit leben dort ca. 80 Asylbewerber. Laut unseren Informationen erschien im Oktober eine offizielle Abordnung aus Erfurt in Eisenberg, um die EAE zu begutachten. Wie es heißt, sollen, nachdem die EAE in Suhl geschlossen wurde, zukünftig in Gera und in Eisenberg jeweils 500 neue Asylbewerber untergebracht werden.

Unsere Landtagsabgeordnete Wiebke Muhsal hat dazu eine Dringlichkeitsanfrage an die

Thüringer Landesregierung gestellt. Diese ließ aber die vorgeschriebene Frist von 10 Werktagen ohne Antwort oder Begründung verstreichen. Offenbar ist den Verantwortlichen in Erfurt das Thema unangenehm. Wir bleiben dran und informieren Sie darüber in der nächsten Ausgabe.

Das Thema erregt vor Ort die Gemüter. Zu Recht, denn bereits in der Vergangenheit gab es mit den Bewohnern der EAE eine Menge Probleme. Sogar die OTZ berichtete – einmal – darüber. Die Module stehen zweistöckig direkt neben den angrenzenden Gärten. Die Gartenbesitzer fühlen sich ständig beobachtet und laut Anrai-

nern wird immer wieder Müll von der EAE in die Gärten geworfen. Vor-Ort-Termine mit Vertretern der Stadt (die AfD-Stadtratsfraktion war dabei) verliefen ergebnislos.

Es muss aufhören, dass Bundes- und Landesregierung ihre Asylpolitik ohne Wissen, ohne Mitwirkung und auf dem Rücken der Bürger vor Ort verfolgen. Information und Mitsprache der betroffenen Bürger sollten in einer Demokratie selbstverständlich sein. Alles andere ist verantwortungslos.

Unsere AfD-Fraktionen im Stadtrat, Kreistag und im Landtag werden das Thema weiterverfolgen. Wir stehen an Ihrer Seite.



Zwei Stockwerke Wohncontainer der EAE Eisenberg

Wenn Sie meine Zeitung bis hierher gelesen haben, dann machen auch Sie sich wahrscheinlich große Sorgen um unser Land.

Doch Sie können etwas tun gegen wirtschaftlichen Niedergang, Bevormundung freier Bürger und unkontrollierte Massenmigration.

35.000 Menschen sind bereits Teil dieser starken Gemeinschaft zur Erneuerung unseres Landes. Und es werden täglich mehr.

DEIN NACHBAR IST ES SCHON, DEIN CHEF IST ES, DEIN LIEBLINGSBÄCKER AUCH: EINES VON 35.000 MITGLIEDERN DER AfD!

WORAUF WARTEST DU?

Jetzt anmelden: mitmachen.afd.de

AfD

Neugründung des Regionalverbandes Saale-Holzland-Kreis



Am Samstag, den 10. Mai 2025, gründete die AfD im Saale-Holzland-Kreis einen Regionalverband. Der Regionalverband ist eine Untergliederung des AfD-Kreisverbandes Gera-Jena-SHK und soll zukünftig die Arbeit vor Ort im Saale-Holzland-Kreis koordinieren und stärken. Zur Gründungsveranstaltung versammelten sich rund 30 Mitglieder und wählten Christina Glatz zur Sprecherin des Regionalverbandes. Im Vorstand stehen ihr als stellvertretende Sprecher Michael Reinhold und Christian Bratfisch sowie als Beisitzer Ingo Runge, Christian Marks und Michael Kerntke zur Seite.



Die Sprecherin des Regionalverbandes Christina Glatz sagt zur Gründung: „Wir haben ein starkes Team im Vorstand. Unser Ziel ist es, neben einer guten Mitgliederarbeit auch unsere öffentliche Präsenz im Saale-Holzland-Kreis zu stärken. Ein besonderes Anliegen ist es mir, dass wir zusätzlich zu den Stadträten in Eisenberg, Camburg und Kahla bei den nächsten Wahlen auch in weiteren kommunalen Parlamenten den Bürgern eine politische Alternative bieten können.“

Eine Demo gegen den Verwaltungsneubau in Eisen-

berg sowie die Veranstaltung „Jugend für den SHK“ in Schkölen zählen zu den Auftaktveranstaltungen des Regionalverbandes. Für nächstes Jahr sind regelmäßige Mitgliederstammtische, Bürgerstammtische sowie Informationsveranstaltungen geplant.

Mitglieder und Interessierte können sich unter der E-Mail-Adresse vorstand@afd-shk.de an den Vorstand wenden. Alle geplanten Veranstaltungen werden künftig auch über unsere Webseite afd-shk.de bekanntgegeben.

Unser Landratskandidat 2026

Thomas Benninghaus einstimmig gewählt

Am 18. Oktober 2025 fand im Gasthaus „Zum Goldenen Ross“ in Uhlstädt die Aufstellungsversammlung zum Kandidaten für die Landratswahl 2026 im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt statt. Dabei wurde Thomas Benninghaus einstimmig zum Landratskandidaten der AfD gewählt.

Sein Wahlkampf wird sich auf die Themen fokussieren, die die Menschen hier beschäftigen. Förderung der lokalen Wirtschaft, Arbeitsplätze erhalten, Wohlstand sichern und die natürlichen Ressourcen im Landkreis schützen. Hinzu kommen die Sicherheit der Bürger, Beendigung von Steuergeldverschwendung und eine Politik, die geprägt ist von traditionellen Werten.

Gemeinsam mit Thomas Benninghaus bin ich überzeugt,

dass unser Landkreis eine Politik der Vernunft verdient. Mit gemeinsamen Anstrengungen können wir unseren Landkreis stärken und vor weiteren sozialen und finanziellen Herausforderungen bewahren.

So wünsche ich Thomas Benninghaus einen erfolgreichen Wahlkampf und ein herausragendes Ergebnis bei der Landratswahl 2026!



Schwimmbädern droht die Schließung

Die Landesregierung ist gefordert

Eine wachsende Zahl von Hallen- und Freibädern, auch hier in den Saale-Kreisen, bleibt derzeit geschlossen oder ist akut von Schließung bedroht. Der hohe Sanierungsbedarf, zum Teil aber bereits die laufenden Betriebskosten, überfordern immer mehr Kommunen, deren Haushalte durch Migrationskosten und Sozialleistungen geplündert werden.

Schwimmbäder sind Orte der Begegnung, ein preiswertes Freizeitvergnügen, gerade für Kinder und Jugendliche und sie dienen der Gesundheit. Wenn unsere Schwimmbäder sterben, stirbt auch ein Stück Lebensqualität.

Darum ist die Landesregierung aufgefordert, den Kommunen unter die Arme zu grei-

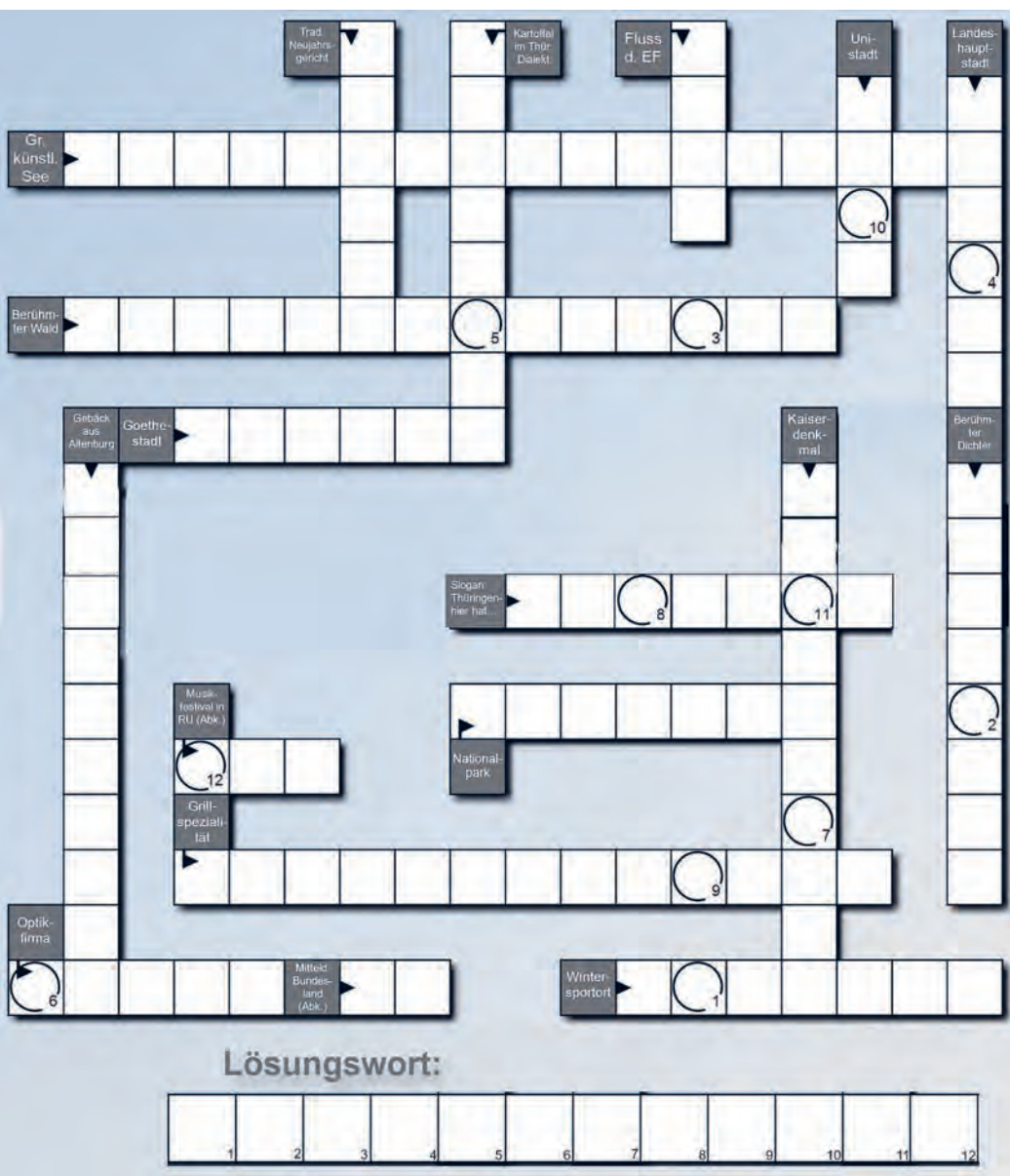
fen und alles zum Erhalt der kommunalen Schwimmbäder zu tun. Unsere Landtagsfraktion hat daher unter Federführung von Uwe Thrum einen Antrag in den Landtag eingebracht, in dem wir folgende Forderungen an die Landesregierung stellen:

- Ein mehrjähriges Investitionsprogramm, damit kommunale Schwimmbäder erhalten werden können.
- Besseren Zugang zu Fördermitteln und einfachere und flexiblere Förderkriterien.
- Fortschreibung der Schwimmbad-Entwicklungskonzeption und kontinuierliche Erhebung von Daten zu Nutzung und Schließungen.
- Bäder stärker in den Schulsport einzubinden und auf eine intensivere Nutzung als

Bildungs- und Bewegungsorte hinzuwirken.

- Erleichterungen bei Wasser-Energiestandards, Betriebskosten-Entlastungen und Energieeffizienzmaßnahmen in Schwimmbädern.

Schwimmbäder mögen keine große Politik sein. Für die Menschen vor Ort sind sie aber Orte der Freude und Erholung, die wir nicht aufgeben wollen. So viel Geld wird für Dinge ausgegeben, von denen die Bürger rein gar nichts haben. Da müssen die über-schaubaren Mittel für den Erhalt unserer Schwimmbäder auch aufzubringen sein. Wir als AfD werden uns weiter dafür einsetzen, dass unsere kommunalen Schwimmbäder erhalten bleiben.



Bitte senden Sie die Lösung bis zum 31.01.2026 an kontakt@kaufmann-michael.de. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 1 Windjacke in AfD-Blau mit meinem Motto „Heimat ist nicht erneuerbar“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Unterstützen Sie meine Arbeit!

Wir können jede helfende Hand gebrauchen! Egal ob Flugblätter austragen, Stände betreuen, Plakate aufhängen: Wir sind für jede Hilfe dankbar!

So können Sie mit einer Spende unterstützen:

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE 42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEFI33
Zweck: Wahlkampf Michael Kaufmann

www.kaufmann-michael.de
michael.kaufmann@bundestag.de
[@AfDKaufmann](https://www.instagram.com/AfDKaufmann)

[t.me/KaufmannAfD](https://www.facebook.com/KaufmannAfD)
[@KaufmannAfD](https://www.facebook.com/KaufmannAfD)



Neueröffnung des Abgeordnetenbüros in Pößneck

Am 22. August 2025 war es endlich so weit: der lange vorbereitete Umzug in ein größeres Abgeordnetenbüro war abgeschlossen und nun stand einer Büroeröffnung, wie man sie von Prof. Dr. Michael Kaufmann kennt, nichts mehr im Wege. Das ehemalige Büro war auf Grund des steigenden Interesses der Bürgerschaft zu klein geworden.

Umso mehr freute es das Wahlkreisteam, dass Ringo Mühlmann, Landtagsabgeordneter der AfD, bereit war, eine Bürogemeinschaft mit unserem Bundestagsabgeordneten zu gründen. Das Gemeinschaftsbüro befindet sich im Herzen von Pößnecks Innenstadt. Am Eröffnungstag warteten neben gutbürgerlichem Speis und Trank auch die Landtagsabgeordneten Ringo Mühlmann und Uwe Thrum sowie als besonderer Gast Stephan Brandner, Bundestagsabgeordneter aus dem Nachbarwahlkreis, auf die interessierten Bürger. Diese hatten nach dem offiziellen Teil die Gelegenheit, mit den anwesenden Politikern ins Gespräch zu kommen und sich über politische Tagesthemen auszutauschen. Etliche Einwohner des Wahlkreises waren der Einladung

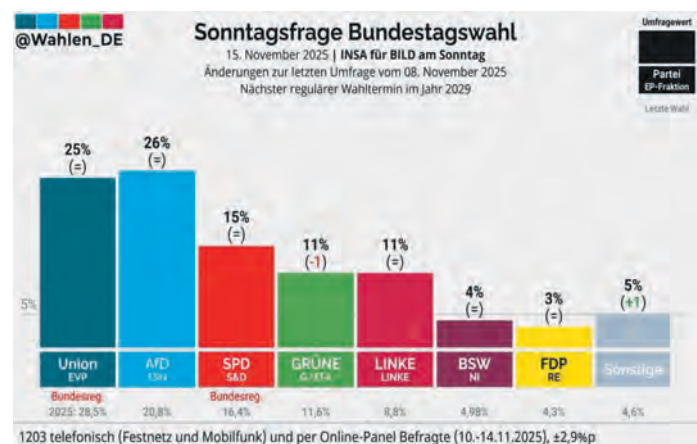


gefolgt, und so war das neue Büro an diesem Sommertag durchgehend sehr gut besucht.

Das Wahlkreisbüro steht seit August 2025 jedem Interessierten offen und befindet sich in der Schuhgasse 4, 07381 Pößneck. Die Öffnungszeiten sind dienstags von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr mit Besetzung durch die Mitarbeiter von Ringo Mühlmann, MdL und freitags von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr mit Besetzung durch die Mitar-

beiterin von Prof. Dr. Michael Kaufmann, MdB. Darüber hinaus sind auch Termine nach Vereinbarung möglich. Die Kontaktdaten finden Sie auf der Bildanzeige al-

ler Wahlkreisbüros in dieser Zeitung. Beide Abgeordnete heißen Sie herzlich willkommen und freuen sich auf Ihren Besuch in ihren Räumlichkeiten.



Persönliches:

- geboren 1964 in Gera, verheiratet, zwei Kinder
- Lehre als Gas- und Wärmenetzmonteuer mit Abitur in Gera
- Studium der Energietechnik an der TU Bergakademie Freiberg
- Tätigkeit in der Industrie und als Geschäftsführer einer GmbH
- Promotion und Habilitation am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Fakultät für Maschinenbau
- ab 2010 Professor für Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik im Bereich Maschinenbau an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena
- 2013 Mitbegründer Landesverband der AfD in Thüringen
- 2019 bis 2021 Mitglied des Thüringer Landtags; Sprecher für Energie, Wissenschaft und Digitalisierung
- 2020 bis 2021 Vizepräsident des Thüringer Landtags
- Seit 2021 Mitglied im Deutschen Bundestag
- Seit 2024 Mitglied im Kreistag des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt
- Mitglied im Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
- Stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss

Prof. Dr.-Ing. **MICHAEL KAUFMANN**

IHR ABGEORDNETER FÜR DEN LANDKREIS SAALFELD-RUDOLSTADT, DEN SAALE-HOLZLAND-KREIS UND DEN SAALE-ORLA-KREIS

Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros

Saalfeld
Brudergasse 6
Tel.: 03671 5232348
0157 53594614
Mo: 14:00 - 18:00 Uhr
kontakt@kaufmann-michael.de

Pößneck
Schuhgasse 4
Tel.: 03671 5232348
0157 53594614
Fr: 09:00 - 13:00 Uhr
kontakt@kaufmann-michael.de

Kahla
Rudolf-Breitscheid-Str. 4
Tel.: 03671 5232348
0157 53594614
Mi: 09:00 - 13:00 Uhr
kontakt@kaufmann-michael.de

Neustadt/ Orla
Ernst-Thälmann-Str. 75
Tel.: 03671 5232348
0157 53594614
Termine nach Vereinbarung
kontakt@kaufmann-michael.de

Darüber hinaus sind auch Termine nach Vereinbarung möglich!

Besuchen Sie mich auf den Sozialen Medien!

- Facebook: www.facebook.com/afdkaufmann
- X: x.com/KaufmannAfD
- Instagram: www.instagram.com/kaufmannafd
- YouTube: www.youtube.com/@prof.dr.michaelkaufmannmdb830
- T.me: t.me/kaufmannafd
- TikTok: www.tiktok.com/@kaufmannm

DANKE für Ihr Vertrauen!

Prof. Dr. - Ing. Michael Kaufmann

IMPRESSUM

Die nächste Kaufmann aktuell erscheint im März/April 2026. Auflage 30.000 Exemplare. Für Leserbriefe oder Anzeigen wenden Sie sich bitte an Falko Graf unter: 0157-53594614 oder kontakt@kaufmann-michael.de - Vi.S.d.P. und Herausgeber: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, MdB Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1 - 11011 Berlin, Tel.: +49 (0)30 227 73557, Fax: +49 (0)30 227 23 73557, E-Mail: michael.kaufmann@bundestag.de - Redaktion: Ingo Schreurs - Bildnachweise: shutterstock.com; eigene Bilder.